

Marburg, 23. Juni 1999

Vortragsreihe des Instituts für Politikwissenschaft : 50 Jahre Grundgesetz

Frank Deppe

Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als wir diese Vortragsreihe des Instituts für Politikwissenschaft - aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland - planten, habe ich vorgeschlagen, einen Beitrag zur Geschichte der Linken in dieser Republik - in diesem halben Jahrhundert - beizutragen.

Ich hatte dabei kein fertiges Konzept im Kopfe und ich kann auch auf kein vorbereitetes Schubladenmanuskript zurückgreifen. Was meine eigenen Arbeiten zur Geschichte der BRD betrifft, so habe ich mich in den 60er Jahren einmal intensiver mit der Nachkriegsgeschichte (und dabei vor allem mit der Neugründung der Einheitsgewerkschaften) befaßt. Danach habe ich überwiegend die Geschichte der BRD im Kontext meiner Arbeiten zur Gewerkschaftsgeschichte und -politik behandelt (Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Deppe, Fülberth, Harrer, Hrsg., 4. Auflage 1989; der gesamte Abschnitt von 1949 bis 1989, vor der „Wende“)¹. Schließlich habe ich mich (bei der Vorbereitung dieses Vortrages) daran erinnert, daß ich im Januar 1989 - also zum 40-jährigen Jubiläum dieser Republik (also ganz kurz vor der Wende) - in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ (für die ich damals noch regelmäßig schrieb) - einen Artikel mit dem Titel „Geborene Verlierer? Die Linke zwischen Ausgrenzung und Integration“ publiziert habe. Sie können aus dem (mit Fragezeichen versehenen) Titel schon ersehen, daß auch vor 10 Jahren und auch vor der faktischen (nicht verfassungsmäßigen) „Neugründung“ der Berliner Republik die Frage nach der Rolle der Linken in der Geschichte der BRD eher pessimistisch, skeptisch - eher mit dem Blick auf Niederlagen, denn mit dem Blick auf rauschende Siege - angegangen wurde.

1.

Diesen Artikel begann ich mit den folgenden Sätzen: „Die Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 bedeutete für die deutsche Linke eine Niederlage. War die Bismarck'sche Reichsgründung 'von oben' im Jahre 1871 noch von Demokraten und Sozialisten als der negative Gegenentwurf zur Konzeption eines demokratisch verfaßten 'Großdeutschland' (ohne preußische Hegemonie) kritisiert worden, so wurde von der revolutionären Linken der Jahre 1918/19 die Weimarer Reichsverfassung als Staatsgründung nicht nur gegen die Monarchie, sondern vor allem gegen die

¹ Da fällt mir - wenn der Prozeß einer Archäologie der Erinnerung nun einmal eröffnet ist - ein, daß ich im Jahre 1979 - also zum 30. Jahrestag dieser Republik - in einem Sammelband „Beiträge zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ zusammen mit (dem inzwischen leider verstorbenen) Heinz Jung (vom IMSF) einen Beitrag mit dem Titel „Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik“ verfaßt habe.

Novemberrevolution, als von der Mehrheitssozialdemokratie vermittelter Klassenkompromiß, verurteilt. (Die faschistische Diktatur nach 1933 war - das habe ich damals gar nicht besonders betont - natürlich „Revanche“ für die Novemberrevolution und Versailles, Gegenrevolution mit dem Ziel der Vernichtung der Linken). Im Jahre 1949 stand die Staatsgründung (der BRD) schließlich im Zusammenhang der inneren Restauration der kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsordnung, der konservativen Vorherrschaft im politischen System (repräsentiert durch die lange anhaltende Führungsrolle der CDU/CSU und ihre Bündnis mit der FDP) sowie der außen- und innenpolitischen Zuspitzung des Kalten Krieges. Die Gründung des westdeutschen Staates - unter US-amerikanischer Protektion - war Bestandteil der (globalen) Blockbildung jener Periode. In der Spaltung Deutschlands, die mit der nachfolgenden Gründung der DDR besiegelt wurde, manifestierte sich die Überdetermination deutscher Politik (und die Handlungsbedingungen der Linken) durch die weltpolitische Dominanz des Ost-West-Gegensatzes“ (Blätter 1/89, S. 76). Die beiden deutschen Staaten waren Frontstaaten an der Systemgrenze zwischen den von den USA im Westen und der Sowjetunion im Osten beherrschten Blöcken.

Diese Struktur hatte bis 1989/91 Bestand - danach: in der Folge des Zusammenbruchs der DDR und der Sowjetunion (1991) vollzieht sich de facto eine Neugründung des deutschen Staates im Ergebnis des Anschlusses der ehemaligen DDR (daher: die „Berliner Republik“), die mehr als jede andere Phase in der Geschichte seit 1949 (realpolitisch und symbolisch) mit einem Sieg über „die Linke“ (die ich gleich etwas genauer definieren werde) verbunden ist (aber schon klar: als Linke ist dabei nicht allein die DDR als sozialistischer Staat und die SED als sozialistische Partei gemeint, sondern auch alle jene Kräfte in der BRD, die entweder die DDR als ein Fortschrittsprojekt ansahen - das waren nur sehr wenige - oder die sich für Dialoge, Entspannungspolitik, Fördertionspläne und anderes mehr aussprachen). **Im Alltagsbewußtsein**, das auch von den konzeptiven Ideologen der „Berliner Republik“ beständig bedient und reproduziert wird, stellt sich daher **die Geschichte der Linken seit 1949** als eine **kontinuierliche Verfalls- und Niedergangsgeschichte** dar. Mehr noch: sie ist beendet (Fukuyama, Fest und viele andere): **der Sozialismus ist historisch geworden**; Marx ist ins British Museum zurückgekehrt (Fest). Damit ist eine **Leitfragestellung meines Vortrages** bezeichnet, auf die ich selbstverständlich am Schluß noch einmal kritisch eingehen werde.

2.

In einem Punkte - nämlich in bezug auf die These von der Kontinuität des Niedergangs der Linken (gleichsam als ein säkularer Prozeß) - will ich gleich korrigierend eingreifen; denn diese Geschichte verläuft ganz offensichtlich diskontinuierlich (und sie verläuft, wenn wir über den Stahlhelm-Rand der Frontstaatserfahrung hinaus- auf unsere westeuropäischen Nachbarn blicken, auf in verschiedenen Entwicklungspfaden). In meiner Bibliothek befindet sich ein Taschenbuch, das im Jahre 1963 von Horst Krüger herausgegeben wurde. Der Titel lautet: „Was ist heute links?“. Und schon im Vorwort

wird gesagt: der Begriff links ist heute bei uns vieldeutig und unklar geworden². Die Lektüre macht schnell klar, was Wolfgang Abendroth meint, als er 1962 - in einem Artikel über die „Bilanz der sozialistischen Idee“ in der BRD schrieb: „Sozialistisches Denken ist in kleine Zirkel zurückgeworfen, die keinerlei größere gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten besitzen und aus der Diskussion der offiziellen Presse und aus den öffentlichen Auseinandersetzungen der Machträger in der Gesellschaft ausgeschlossen sind“ (AG, S. 456).

In den frühen 60er Jahren also war die Linke und das sozialistische Denken **fast** verschwunden; zumindest in der Auseinandersetzung in der politischen Öffentlichkeit und um Machtfragen im politischen System spielten sie keine Rolle. Die Linke war marginalisiert, ghettoisiert - und (als kommunistische Linke) kriminalisiert (KPD-Verbot, politische Strafjustiz seit Anfang der 50er Jahre, die Bücher von Posser und Heinrich Hannover als Zeugnisse).

² Der Herausgeber Horst Krüger schreibt u.a.: „In einer industriellen Welt aber, in der die Zahl der Arbeiter dauernd schrumpft und die Zahl der Angestellten wächst, in einer Welt zumal, in der sich die Klassengegensätze zunehmend verringern, kann die Linke nicht mehr vom Klassenbegriff her begrenzt werden. Links ist heute also bei uns kein Klassenbegriff mehr, sondern eine geistige Haltung“.

Ich will es einmal biographisch illustrieren³: im Jahre 1963 hatte ich gerade begonnen, mich selbst als „einen Linken“ (ohne familiäre Traditionen) zu definieren. Ich hatte den Kriegsdienst verweigert (damals noch eine harte Prüfung), hatte schon zwei Mal an Ostermärschen für Frieden und atomare Abrüstung teilgenommen (und dabei merkwürdige Menschen entdeckt, die von der Naturfreundejugend kamen, ältere Leute mit Baskenmützen, von denen gesagt wurde, es handele sich um Kommunisten). Ich hatte einen folgenreichen (familiären) Konflikt über die Verbrechen des Faschismus hinter mir und ich hatte mich zwei Jahre zuvor entschlossen, in Frankfurt - bei Adorno und Horkheimer - Soziologie zu studieren. Im Jahre 1963 hörte ich zum ersten Mal Herbert Marcuse und war von Vortrag und Person zutiefst beeindruckt. Im gleichen Jahre las ich sein Buch „Vernunft und Revolution“ über Hegel und Marx, das für mich zu einem Schlüsseltext in meinem frühen Studium wurde. Dazu bewegte ich mich (in Frankfurt) in der Kulturszene der Jazzer, die als progressiv galt - vor allem deshalb, weil die Faschisten die „Niggermusik“ als entartete Kunst bezeichnet hatten und weil z.B. Emil Mangelndorff von der Gestapo verhaftet worden war (das ist inzwischen vielfach erforscht; damals interessierte sich kaum jemand dafür). Ich war Abonnent einer Zeitschrift mit dem Titel „Sozialistische Politik“, in der u.a. Wolfgang Abendroth und Peter von Oertzen schrieben; daß der Herausgeber (Georg Jungclas in Köln, (den ich erst später persönlich kennenlernte) der führende Kopf des Trotzismus in der BRD war, sagte mir damals noch sehr wenig. Dazu bekam ich gelegentlich Post aus Peking, der Hauptstadt der Volksrepublik China - mit Broschüren (z.B. über „Die Differenzen zwischen dem Genossen Togliatti und uns“ oder über die Polemik mit Edward Kardelj, dem führenden Ideologen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens), die eher einen exotischen Reiz hatten - und ich begann, die seit 1961 erscheinenden Bände der MEW, also der in der DDR erscheinenden Werke-Ausgabe von Marx und Engels (über ein typisch deutsch-deutsches Tauschgeschäft, bei dem ein eingeschmuggelter Neckermann-Katalog eine Rolle spielte) zu erwerben.

Wegen solcher Post war ich ganz zweifellos schon beim Verfassungsschutz als ein „Linker“ registriert ... im Unterschied zu späteren Phasen, in denen ich im SDS aktiv war, war mein eigenes Verständnis von dem, was „heute links“ sei, gleichwohl immer noch überaus diffus! Psychologisch betrachtet, spielte wohl der Generationenkonflikt (und nicht der Klassenkampf oder was auch immer aus dem Bereich der großen Politik) eine zentrale Rolle - ein Generationenkonflikt nicht nur in der eigenen Familie, sondern vor allem auch in all jenen Institutionen (Schule, Hochschule, Kulturbetrieb, Vereine, Kirche u.a.), in denen Lehrer, Professoren etc. uns als Autoritäten begegneten. Dieser Generationenkonflikt mußte sich politisieren; denn er tendierte ja stets auch dazu, jene gewaltigen Mauern des Verschweigens und des Verdrängens zu durchbrechen, die mit der Gründung der BRD (gegenüber den 12 Jahren vor 1945) aufgerichtet worden war.

2.

Ich denke, es ist an der Zeit, einige Bemerkungen zur Methode bzw. zur Konzeption meiner Analyse zu machen. Ich werde mich dabei auf vier Punkte beschränken.

³ Kurzer Hinweis: ich hatte zunächst die Idee, den ganzen Vortrag biographisch anzulegen; immerhin geht es um fast 40 Jahre eigene Aktivitäten in der westdeutschen Linken. Schließlich habe ich aber doch auf diese Überbetonung des „subjektiven Faktors“ verzichtet.

Erstens - was verstehe ich der Linken? Ich selbst habe wahrscheinlich ein normativ sehr enges Verständnis; dennoch - für eine historische Analyse werde ich den Begriff der „Linken“ so verwenden, daß er jene Organisationen und Kräfte umfaßt, die (im weitesten Sinne) mit den Traditionen und der Politik des Sozialismus (in Europa und dabei überwiegend in Westeuropa) verbunden sind. Sie ist - von ihren Ursprüngen her - Klassenbewegung, also: Arbeiterbewegung. Dazu gehören sozialistische und sozialdemokratische sowie kommunistische Parteien (gelegentlich auch Zwischengruppen) und Gewerkschaften (nicht alle, aber doch die Mehrheit der europäischen Gewerkschaften) und soziale Bewegungen, die sich selbst als „sozialistisch“ oder als antiimperialistisch beschreiben⁴. „Die Linke“ versteht sich (von ihren Ursprüngen her) als radikal demokratisch und antikapitalistisch; sie vertritt das Ziel einer humanen und solidarischen Gesellschaft, die frei ist von ökonomischer Ausbeutung, politischer Unterdrückung, kultureller Entfremdung. Die (europäische) Linke im 20. Jahrhundert ist aber auch antiimperialistisch - d.h. sie unterstützt Bewegungen in der sog. „Dritten Welt“, die den Sturz der Kolonialsysteme herbeigeführt haben, und Regime, die sich aus der (ökonomischen und politisch-kulturellen) Vorherrschaft transnationaler Konzerne und imperialistischer Mächte befreien wollen. Dabei konkretisiert sich das radikaldemokratische Selbstverständnis der Linken vor allen in der kritischen Auseinandersetzung mit imperialistischer Ideologie, mit dem Sozialdarwinismus, der Kriegsverherrlichung, dem Rassismus und mit der Ideologie der Vorherrschaft des weißen Mannes.

Zweitens. Die so definierte Linke ist natürlich kein einheitlicher Block. Sie differenziert sich vielfältig aus - von der revolutionären Linken bis zur reformistischen Linken (allerdings haben die Namen, z.B. sozialistische Partei oder gar - wie in Spanien - PSOE, i.e. Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, heute nichts mehr zu bedeuten; da waren die Kommunisten, die sich in „demokratische Linke“ umbenannt haben, hier in Italien, schon ehrlicher). Die Differenzierung folgt nicht nur entlang der Entgegensetzungen von Reform und Revolution, sondern mehr noch von Koalition und Kooperation (im System) und radikaler Systemopposition. Im Blick auf das gesamte 20. Jahrhundert (vgl. Hobsbawm's „Zeitalter der Extreme“) wird die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 zum entscheidenden Differenzpunkt: bis 1991 (vorher freilich mit Aufweichungen) scheiden sich am „Realsozialismus“ die Geister (auch innerhalb der Linken). Es liegt auf der Hand, daß diese Differenzierung für die deutsche Geschichte nach 1949 - mit der Existenz der beiden Frontstaaten in der Systemkonkurrenz - eine besondere Schärfe erlangen sollte (allerdings: schon zwischen 1917 und 1933 hatte diese Problematik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle gespielt).

Drittens. Wenn wir die Rolle der Linken im historischen Prozeß (hier der Geschichte der BRD) analysieren, müssen wir freilich eine weitere Differenzierung einführen. Ich unterscheide drei Dimensionen, die bei einer solchen Analyse zu berücksichtigen sind: a) eine eher *institutionalistische* Perspektive, die nach der Stärke und Präsenz der Linken

⁴ Vgl. dazu Perry Anderson and Patrick Camiller, Eds., Mapping the European Left, London / New York 1994; Donald Sassoon, One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the 20th Century, London 1997; ders., Ed., Looking Left. Socialism in Europe after the cold War, London 1997.

im politischen System (Parlament, Regierungsbeteiligung usw.) fragt; b) eine *zivilgesellschaftliche* Perspektive, die nach dem Charakter der Linken als „soziale Bewegung“ fragt, also neben den politischen Kräfteverhältnissen auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der Klassen in den Blick nimmt, und c) eine *hegemoniethoretische* Perspektive, die nach der Rolle der Intellektuellen (in Beziehung zur Linken), nach ihrer Fähigkeit fragt, an einem Projekt gesellschaftlicher Veränderung (nicht nur der Politik und der Ökonomie, sondern vor allem der Kultur) mitzuwirken. Ich denke, daß eine solche Differenzierung (im Sinne Gramsci's) überaus sinnvoll ist, um die Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse in verschiedenen historischen Perioden genauer zu bestimmen⁵.

Viertens will ich daran erinnern, daß jede nationale Kartographie („Mapping the Left“, Anderson/Camiller) ihre Schwächen hat, sofern sie nicht die strukturellen Determinanten und die internationalen Kräftekonstellationen berücksichtigt, die gleichsam das Kräftefeld, in dem die nationale Linke operiert, a priori strukturiert bzw. „überdeterminiert“. Natürlich sind die nationalen politischen Kulturen (unter Einschluß der Rolle der Linken) im Süden Europas, in der Mitte und in Skandinavien sehr verschiedenen - und diese Differenzen sind genau zu erforschen. Gleichwohl gibt es unabhängige Variablen, die auch die nationale Geschichte (gleichsam als „externe“ Bedingungen strukturieren): a) die Dynamik der Kapitalakkumulation selbst⁶; die hegemonialen Strukturen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems (i.e., die Rolle der USA nach dem Zweiten Weltkrieg), und c) die Veränderungen in den globalen Kräftekonstellationen der Systemkonkurrenz (die immerhin - bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 - die Weltpolitik und die nationale Politik (diese ganz besonders in Deutschland) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts determinieren.

4.

⁵ Ich halte diese Differenzierung deshalb für wichtig, weil sie es uns ermöglicht, die Rolle von „Blöcken“ sozialer, politischer und kultureller Kräfte im historischen Prozeß - als ein Prozeß des Kampfes um hegemoniale Positionen (zwischen rechts und links) zu erkennen. Diese Konzeption erlaubt uns, den Fehler zu vermeiden, Klassen (die objektiv bestimmt sind) - als auch die Arbeiterklasse - als handelnde Kollektivsubjekte mißzuverstehen.

⁶ Das Buch von Sassoon „100 Jahre Sozialismus in Westeuropa“ hat vielfältige Kritik erfahren. In einem Punkt ist ihm freilich zuzustimmen. Er weist darauf hin, daß die „Kapitalakkumulation“ die Linke „vor sich her getrieben“ hat. Mit anderen Worten: die Linke (auch die reformistische Linke) ging ursprünglich von der Vorstellung aus, daß der kapitalistischen Ökonomie eine politische Regulation aufgezwungen werden kann (durch eine sozialistische Regierung); tatsächlich ist die Linke (auch wenn sie an der Regierung) wahr immer wieder durch die sich veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation (und zwar sowohl durch die langen Wellen von Konjunktur und Krise als auch durch die Formationswechsel, z.B. vom Fordismus zum Postfordismus) immer wieder gezwungen worden, sich an die Bedingungen der Kapitalakkumulation in ihrer Programmatik und Politik anzupassen. Man könnte diese Erkenntnis natürlich auch anders interpretieren: der Reformismus kann (im Gegensatz zu seinen eigenen Illusionen hinsichtlich der Transformation des Kapitalismus in die Richtung einer sozialistischen Gesellschaft) nie etwas anderes sein als eine Variante des kapitalistischen (politischen) Mangagements, das allerdings nur unter der Voraussetzung funktionieren kann, daß es die essentiellen Funktionsimperative einer kapitalistischen Ökonomie (die immer auch transnationale Ökonomie ist) akzeptiert.

Für die folgende Analyse unterscheide ich (zunächst einmal sehr grob, aber doch auch in Anlehnung an die wirtschaftshistorische und zeitgeschichtliche Literatur) die folgenden vier Phasen der Nachkriegsgeschichte unterscheiden:

Erstens (von ca. 1949, ich verzichte mal auf die Periode der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte zwischen 1944 - 1947/8)⁷: das Golden Age: Wiederaufbau: hohe Wachstumsraten; Abbau von Arbeitslosigkeit; Reallohnsteigerungen; Aufbau von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen; Höhepunkt des Kalten Krieges; konservativ-liberale Hegemonie.

Zweitens (von ca. 1965 - bis 1975 bzw. Ende der 70er Jahre): Ende des Golden Age; erste Weltwirtschaftskrise (1974/5); Aufschwung der Klassenkämpfe (vor allem Gewerkschaften); Intellektuellen und Jugendrevolte (68er); sozialdemokratische Hegemonie; Keynesianismus, Korporatismus; Siege der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen; Niederlage der USA in Vietnam; Koexistenzpolitik (verbunden mit einem internationalen Machtzuwachs des „sozialistischen Staatensystems“ und der Sowjetunion, Breschnew-Ära).

Als eine *dritte* Phase möchte ich die Zeit vom Ende der 70er Jahre bis zum Jahre 1991 bezeichnen. Welches sind die Stichworte, um diese Periode zu charakterisieren: neoliberale Hegemonie (antikeynesianische „Konterrevolution“); Niederlage des Sozialismus an drei Fronten: in der Sowjetunion (Gorbatschow: Existenzkrise des „Realsozialismus“); 3. Welt: Beispiele: Afghanistan, Nicaragua; kapitalistische Metropolen: Krise der „klassischen Arbeiterbewegung“; Formationsbruch vom Fordismus zum Postfordismus; globale Hegemonie des Kapital („Globalisierung“).

Und jetzt noch die *vierte* Phase (Sie sehen, es wird immer schwieriger, je mehr wir uns der Gegenwart annähern): grob die 90er Jahre (genauer seit 1991: Auflösung der Sowjetunion, und seit der Krise 1992/93): One World des Kapitals, tiefe Krise des Sozialismus, USA-Hegemonie, EU: Maastricht; deutsche Einigung: deutsche Hegemonie in der EU? Die Sozialdemokratisierung der EU? Der „Dritte Weg“ (Blair / Schröder) ... was bleibt von der Linken... die große Zäsur am Ende der 90er Jahre: der Kosovo-Krieg.

Ich gehe jetzt dazu über, diese Phasen im einzelnen etwas genauer zu beleuchten.

5.

Am Ende des 2. Weltkrieges, im Mai 1945, schien die Linke (weltweit) außerordentlich stark zu sein. Der Kapitalismus war diskreditiert (auch im Massenbewußtsein mit Massenarbeitslosigkeit, 1929 ff., Faschismus und Krieg identifiziert); die Sowjetunion erfreute sich eines hohen Ansehens (auch im Westen); antifaschistische Koalitionen gingen in Europa daran, eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten (Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Planung, Demokratisierung durch

⁷ In einem Artikel aus dem Jahre 1985 habe ich eine solche Periodisierung (natürlich ohne die letzten 15 Jahre) vorgenommen; vgl. Frank Deppe, Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945 - 1985: Von der Bewegung zur Stagnation?, in: Marxistische Studien.. Jahrbuch des IMSF 8/19985, S. 58 - 91.

industrielle Demokratie); das Ende des Kolonialismus war absehbar. (Eric Hobsbawm „Zeitalter der Extreme“: der große Lichtpunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts!).

Bis in die 50er Jahre erlitt die Linke - überall (in unterschiedlichen Ausprägungen) - eine Niederlage. Aus den Nachkriegsauseinandersetzungen gingen die USA als Führungsmacht und in Westeuropa konservative Parteien (wie die Christdemokraten in Deutschland und Italien, die Konservativen in England, die Gaullisten in Frankreich etc.) als Sieger hervor (Ausnahme: Skandinavien, wo die sozialdemokratische Hegemonie erhalten bleibt!). Wesentliche Gründe für diesen Sieg waren 1. der Kalte Krieg (ab 1947/48), der in den 50er Jahren das „politische Klima“ (17. Juni 1963; Ungarn, Polen 1956) - im Stile einer antikommunistischen Kreuzzugs- und Staatsideologie - total durchdrang; 2. der lang anhaltende Wirtschaftsaufschwung (nach 1948) - die sog. Golden-Age-Periode; 3. (zudem in Deutschland) die in der unmittelbaren Nachkriegszeit überdeckten konservativen (bzw. faschistischen) Bewußtseinsformen bei einem Großteil der Bevölkerung (die den Faschismus bzw. das „Dritte Reich“ mitgetragen und z.B. an den Verbrechen der Wehrmacht - vor allem in Osteuropa - beteiligt waren; dazu viele Flüchtlinge, die zur Speerspitze der antikommunistischen Ideologie und Politik („Revanchismus“) wurden.

Die Linke erlitt die Niederlagen nicht nur bei den Wahlen seit 1949 (zunächst noch völlig überraschend), sondern auch in den Auseinandersetzungen um die „Neuordnung“ (Betriebsverfassungsgesetz, Gewerkschaften) und um die Außenpolitik (Westintegration, Wiederbewaffnung, Bedeutung der deutschen Einheit). Dazu kam der Druck politischer Repression - vor allem gegenüber den Kommunisten (die KPD war immerhin noch im ersten deutschen Bundestag vertreten und sie stellte viele Minister in den Nachkriegsregierungen der Länder, bis 1948) - seit Anfang der 50er Jahre (politische Strafjustiz, Verbot der FDJ bis zum KPD Verbot 1956 und darüber hinaus).

Aus alledem resultierte ein gewaltiger Anpassungsdruck, auf den zumindest die Sozialdemokratie und die DGB-Gewerkschaften bis zum Ende der 50er Jahre antworteten (Godesberg und die Folgen, DGB-Programm 63). Bis 1961 wurde auch die Linke aus der SPD ausgeschlossen (SDS, Abendroth: Unvereinbarkeitsbeschluss; vorher: Viktor Agartz: DGB; andere Sozialdemokraten: Gerhard Gleissberg etc.). Das war die Konstellation, die ich Eingang mit dem Hinweis auf die frühen 60er Jahre angesprochen habe. „Linke Reste“: am Rande der SPD, am linken Flügel der Gewerkschaften (Brenner), die Kommunisten (illegal, aber in Betriebsräten, gewerkschaftlichen Basisorganisation, in der Friedensbewegung usw. durchaus präsent), einige versprengte Intellektuelle (SDS und Umfeld) und einige (winzige) Zeitschriften

Allerdings: der Sachverhalt, daß die Linke (national und international, in Deutschland auch in Gestalt der DDR) immer noch relativ stark war, drückte sich darin aus, daß - auf der Basis des sog. „Wirtschaftswunders“ und in den Grenzziehungen des Kalten Krieges von den dominierenden konservativen Kräften Zugeständnisse an die Linke - vor allem im Bereich der Sozialpolitik gemacht wurden. Mit anderen Worten: es bildeten sich in einer hegemonialen Konstellation, die vollständig gegen die Linke gerichtet ist, die eine große Niederlage der Linken (nach 1945) zur Voraussetzung hatte, die Strukturen jenes Klassenkompromisses heraus, der für die sog. „fordistische Ära“ des

(internationalen Kapitalismus) charakteristisch gewesen ist. Später ist für die Form dieses Kompromisses der Begriff des „nationalen keyesianischen Wohlfahrtsstaates“ geprägt worden (Bob Jessop) - eher zurückhaltend: denn ebenfalls Warfare State (Hochrüstung); waren vor der Verklärung dieser Periode (auch in sozialpolitischer Hinsicht!).

Noch eine abschließende Bemerkung zu dieser Periode: die Linke wird dezimiert, marginalisiert und sie muß zahlreiche Niederlagen hinnehmen. Formell (über die SPD und den DGB, natürlich auch die KPD, die aus der Illegalität heraus weiter arbeitet) bleibt sie politische Opposition gegenüber dem herrschenden Block (von der CDU geführt) - sie ist institutionell vor allem auf der Ebene bestimmter Länder (Hessen z.B.) stark vertreten; viele Gewerkschafter werden über Betriebsräte und Mitbestimmungsorgane in den herrschenden Apparat integriert - davon geht ein zusätzlicher Anpassungsdruck aus („Wahlen gewinnen“; koalitionsfähig werden). Die sozialen Milieus, aus denen die Arbeiterbewegung ihre politischen Ressourcen geschöpft hat, sind in den 50er Jahren noch eher intakt (Mooser; Popitz / Bahrdt; Schelsky: nivellierte Mittelstandsgesellschaft). Elemente von Klassenbewußtsein sowohl in der Arbeiterklasse selbst als auch bei Funktionären der Arbeiterbewegung sind nach wie vor lebendig (z.T. bis in die 70er Jahre) (evtl. **Hinweis auf das Dürbeck-Buch**). In den großen politischen Auseinandersetzungen der 50er Jahre (bis hin zu den großen gewerkschaftlichen Streikbewegungen) werden diese proletarischen Milieus auch politisch mobilisiert. Allerdings bedeutete der Faschismus hier schon eine zentrale Zäsur; denn die Netzwerke innerhalb dieser Milieus (Betriebe, Wohnviertel, Vereine, Kulturorganisationen etc.) wurden nach 1945 meist nicht wieder neu geknüpft (Sportvereine).

6.

Ich komme zur zweiten Phase (etwa 1965 - 1975). Bis zum Ende der 60er Jahre war in fast allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten die Hegemonie des konservativen Blocks, die sich in der Periode des Kalten Krieges gefestigt hatte, zerbrochen. Die Wachstumsdynamik des Kapitalismus begann zu erlahmen. Die zunehmende Bedeutung des Weltmarktes erzwang eine umfassende Modernisierung - nicht nur der Produktion, sondern auch der Infrastruktur, des Wissenschafts- und Bildungssystems. In der internationalen Politik lösten sich - mit dem Übergang zur Koexistenzpolitik - zeitweilig die starren Fronten des Kalten Krieges auf. Die USA - als die Führungsmacht des Westens - geriet - vor allem aufgrund des Vietnam-Krieges, aber auch aufgrund des Druck linker Bewegungen im Innern - in eine tiefe politische und moralische Krise. Markantes Zeichen der Veränderung der weltwirtschaftlichen Konkurrenz- und Machtverhältnisse war die Auflösung des im Jahre 1944 gegründeten Währungssystems von Bretton Woods in den Jahren 1972/73. In der „Dritten Welt“ dominierten antiimperialistische, revolutionäre Kräfte; die faschistischen Diktaturen in Südeuropa (Portugal, Griechenland und Spanien) brachen bis Mitte der 70er Jahre zusammen ... u.v.a.m.

Die Linke in der BRD wurde aus dem Ghetto befreit; gleichzeitig aber auch neu formiert. Eine besonders wichtige Rolle spielte dabei die Studenten- und Jugendbewegung dieser Jahre (nicht nur in der BRD). Zunächst entwickelte sich die sog. APO, die sich vor 1968

aus dem Ostermarsch (Friedensbewegung), der Vietnam-Solidarität und vor allem aus der breiten Bewegung gegen die Notstandsgesetze gebildet hatte (hier kam es zum Zusammenwirken zwischen dem linken Flügel der Gewerkschaften, vor allem IG Metall, und den intellektuellen, Hinweis auf Peter Römer). Später - ab 1968 - obsiegte (kurzweilig) in der Studenten- und Jugendbewegung der sog. Antiautoritarismus. - mit seiner Orientierung auf die Revolutionen in der Dritten Welt (Kulturrevolution) und seiner Ablehnung der „alten Linken“ (der Arbeiterbewegung). Es handelte sich dabei theoretisch um eine (heute nur noch schwer nachvollziehbare) Mischung aus Marxismus und Anarchismus, aus Revolutionstheorie, Psychoanalyse und der Frankfurter Schule. Sowohl im Hinblick auf seine soziale Basis als auch im Hinblick auf seine Programmatik vollzog sich eine tiefgreifende Veränderung des Begriffs und des Selbstverständnisses der Linken. Allerdings, diese „Blüte“ der Revolutionsinszenierungen auf den Straßen und auf dem Campus war nur von extrem kurzer Dauer. Sie wirkte freilich in die 70er Jahre hinein - die kurze Blüte des akademischen Marxismus, die Anfänge der sog. neuen sozialen Bewegungen (Frauen-, Ökologie-, Friedensbewegung), die Enttabuisierung der Sexualität (die freilich mehr von Beate Uhse als von Schülern Wilhelm Reichs „verwertet“ und vorangetrieben wurde), die Reformen in den Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen waren Bestandteile dieser Wirkung. Gleichzeitig war diese „neue Linke“ extrem gespalten: von der akademischen „New Left“, die sog. „undogmatischen Linken“, die K-Gruppen (maoistische Parteien) bis hin zur RAF und zu anderen Gruppen, die sich als Stadtguerilla begriffen.

Die traditionelle Linke wurde natürlich ebenfalls durch diese Entwicklung beeinflusst (z.B. in der SPD werden die Jusos von einer Welle des Linksradikalismus erfaßt; Gerhard Schröder, oder die Gewerkschaftsjugend). Insgesamt kann von einer politischen Linksverschiebung in dieser Periode (auch im institutionellen Bereich, also: Regierungsbildung: sozialliberale Koalition in der BRD; Regierungsprogramm der französischen Linken 1972: KPF und PS) gesprochen werden; dabei nimmt vor allem - über große Streikbewegungen in den verschiedenen Ländern - der Einfluß der Gewerkschaften zu - und, diese entwickeln sich nach links. Viele Gewerkschaftsdebatten in diesen Jahren, die auch in die Universitäten hineinreichen: GO-Politik aber auch Forschungen zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, Renaissance der marxistischen Gewerkschaftstheorie, neuer Autonomiebegriff usw. usf. (mein Buch: Autonomie und Integration, VAG-Verlag 1979 und die Debatte über die Marburger Gewerkschaftsgeschichte spielen dabei eine nicht unerhebliche Rolle). Wie schon der Name APO sagte, war diese außerinstitutionellen, außerparlamentarischen Impulse - auch die antiinstitutionellen Impulse - stärker. Allerdings kam es nur selten zu einer Verbindung zwischen Arbeiterbewegung (hier vor allem der Gewerkschaften) und der Intellektuellenbewegung. Auch jeden Fall zeichnen sich diese Jahre durch eine außergewöhnliche Position und Rolle der Intelligenz (sozialstrukturell betrachtet) oder der Intellektuellen (kulturell betrachtet) in der Linken (international) aus. Die großen Debatten der intellektuellen Linken dieser Periode (z.B. Arbeiterklasse und Intelligenz) reflektieren noch diesen Tatbestand.

Neben den Spaltungen (und dem Sektenwesen der K-Gruppen) war dies ein zweiter wesentlicher Grund für den schnellen Niedergang der Linken in den 70er Jahren. Dazu kam freilich, daß nunmehr aus dem staatlichen Herrschaftsapparat selbst repressive Maßnahmen zum Schutze der bestehenden Ordnung ergriffen worden, um den

radikalen „Überschuß“, der sich zu bilden drohte (etwa durch einen zunehmenden Einfluß der 1968 neu begründeten DKP), im Zaume zu halten: die Politik der „Berufsverbote“ und die Anti-Terrorismus-Gesetzgebung waren Bestandteile eines Kampfes der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gegen ihre „Feinde“, in dem es als legitim bezeichnet wurde, wesentliche Elemente dieser Grundordnung aufzuheben oder einzuschränken.

Was aber war - aus heutiger Sicht betrachtet - der Charakter dieses Jahrzehnts? Immerhin handelt es sich um einen bis heute merkwürdigen Einbruch in die Stabilität des „kapitalistischen Weltsystems“ (Reflex: die Stabilisierung und die Erfolge dieser Jahre in den realsozialistischen Systemen). In der Tat: das Ende des Golden Age, aber es handelte sich um die beginnende Auflösung der günstigen Konstellationen der Kapitalakkumulation in der Nachkriegszeit. Der Aufschwung der Linken in dieser Periode hatte im Grunde zur Folge, daß sozialdemokratisch geführte Regierungen (nicht nur in der BRD) zu einer Politik a) der keynesianischen Konjunktursteuerung (Stabilitätsgesetz 1967) und b) zu einem Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen übergingen (unter Einschluß von Elementen einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik als Reaktion auf die sich abzeichnende Dauer- und Massenarbeitslosigkeit seit der ersten Weltwirtschaftskrise 1974/75). Wenn es aber richtig ist, daß das fordistische Akkumulationsmodell selbst an seine Grenzen geraten war (die Debatten über den tendenziellen Fall der Profitrate in der Periode mögen zumindest das Bewußtsein für diese Problematik illustrieren), dann hätte es sich bei dieser sozialdemokratischen Politik um eine Überdehnung oder Überforderung der kapitalistischen Ökonomie (und ihrer Wachstumspotentiale gehandelt). Daß auch in dieser Zeit bei Linken - vor allem in Großbritannien - die sog. „Profit-squeeze-Theorien Konjunktur hatten; vgl. Andrew Glyn), mag diese These unterstreichen. Für uns ist wichtig, daß es hier um wichtige Weichenstellungen in der Konstellation der Klassenkräfte und des Klassenkampfes - im Hinblick auf den Übergang in eine neue Entwicklungsphase handelt, in der die neoliberale Gegenrevolution (so ist sie z.T. von ihren Anhängern selbst bezeichnet worden) zum Gegenangriff übergeht und dabei überaus erfolgreich ist.

7.

Eric Hobsbawm hat den letzten Abschnitt seines „Zeitalters der Extreme“, also den Teil über das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts (seit ca. 1975) mit „Der Erdrutsch“ überschrieben. Darin deutet sich schon an, daß nun eine Zeit tiefgreifenden Wandels beginnt - technologisch (mikroelektronische „Revolution“); ökonomisch (Hickel früh: neuer Akkumulationstyp auf der Basis kapitalsparender Technologien); politisch (Krise des Nationalstaates und des keynesianischen Steuerungsmodells etc.); politisch-militärisch: der „Dritte Weltkrieg“ (der Kalte Krieg) tritt in seine entscheidende Phase ein, die mit der Vernichtung des Gegners (seit 1917), der Sowjetunion und der staatssozialistischen Systeme Ost- und Mitteleuropas endet (1991). Ich nenne nur einige Stichworte und füge hinzu, daß dieser Formationswandel in der Entwicklung des globalen Kapitalismus - vom Fordismus zum Postfordismus (wie auch immer) - seit den frühen 80er Jahren in einer breiten Debatte analysiert und diskutiert worden ist. Ich erwähne (aus Zeitgründen) *nur* das Buch von Joachim Hirsch und Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, das 1986 (VSA-Verlag in Hamburg) erschienen ist.

Für unsere Thematik folgt daraus, daß die Linke in den 80er Jahren fast überall die Positionen, die sich in der vorangehenden Periode erkämpft hatte, verliert - mit anderen Worten: sie gerät in eine tiefe Krise (an drei „Fronten“: im Kapitalismus, das gesamte System des „Realsozialismus“: Gorbatschow; und - was oftmals vergessen wurde - in der Dritten Welt!). Auf der Regierungsebene beginnt im Westen der Siegeszug des „Thatcherismus“ - also einer Politik der Deregulierung, Privatisierung und der Konfrontation vor allem mit den Gewerkschaften. Vor allem die eher links orientierten Gewerkschaften gerieten in eine Position der Schwäche und der Defensive. Daß dabei nicht nur politische, sondern auch sozialstrukturelle und kulturelle Aspekte eine Rolle spielen, läßt sich am besten an den Mitgliederverlusten - vor allem der sog. „militanten“ Industriesriegewerkschaften - erkennen oder daran, daß neue Sektoren (Dienstleistungen, High-Tech-Soft-Ware, Transnationale Konzerne, Segmentierung der Arbeitsmärkte mit prekären Beschäftigungsverhältnissen in den unteren Randsegmenten etc.) weitgehend „gewerkschaftsfreie“ Zonen (bis heute) geblieben sind.

Die Sozialdemokratischen Parteien bleiben (in den meisten Ländern) formell (linke) Opposition - programmatisch beginnt nun - unter dem Stichwort der „Modernisierung“ - ein Abschied von den letzten Traditionsbeständen reformistischer Kapitalismuskritik: vor allem auf dem Felde der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in Ansätzen auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Die „neuen Themen“, die von den „neuen Sozialen Bewegungen“ politisiert wurden (und die in der BRD seit den frühen 80er Jahren erfolgreich von der Partei der GRÜNEN vertreten wurden) - also die Ökologieproblematik, die Friedensfrage, Basisdemokratie als Lebensform und die Geschlechterbeziehungen wurden zu den zentralen Themen der Modernisierungsdiskurse (und Sozialwissenschaftler wie Alain Touraine, Jürgen Habermas und Ulrich Beck haben Anfang der 80er Jahre die völlig falsche Prognose gestellt, daß die „neuen sozialen Bewegungen“ die alte Arbeiter- und Klassenbewegung gleichsam abgelöst haben und sich um die zentralen gesellschaftlichen Widerspruchskomplexe unserer Zeit gruppieren). Damit war auch die Vorstellung verbunden, daß die alte - sozialistische - „Linke“ de facto „tot“ sei; daß die „neue Linke“ durch die neuen sozialen Bewegungen repräsentiert sei. Wenn man die Entwicklung der Partei der GRÜNEN rekonstruiert, sind allerdings schon Mitte der 80er Jahre die entscheidenden Weichenstellungen erfolgt (im Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen Fundis und Realos, erinnern an die Schrift von Ebermann / Trampert: Zukunft der Grünen 1983, und dann - schon 1985: Matthias Horx: Das Ende der Alternative - da steht eigentlich schon alles drin; die Selbstbeschreibung einer Realposition, die sich selbst keineswegs mehr als links, sondern im besten Falle als „linksliberal“ beschreibt (das war noch lange vor der ersten Regierungsbeteiligung). Es hat nur etwas länger gedauert, bis die Symbole der Kulturrevolution der 60er Jahre (Jeans und Turnschuhe) durch edles Material ersetzt wurden (ein echter cultural lag!).

Auf jeden Fall hat sich die neoliberale Hegemonie (als eine Hegemonie des Kapitals, wem das zu abstrakt ist: des Privateigentums, der Kapitalverwertung, des Profitprinzips in allen gesellschaftlichen Sphären, auch und vor allem in der Wissenschaft: Beispiel: Neoklassik/Mikroökonomie; Rational Choice Sozialwissenschaft) enorm verstärkt. Dabei spielte nicht allein der Übergang zum transnationalen High-Tech-Kapitalismus (sage ich

mal anstelle von Postfordismus) und die tiefen Krise der „alten Linken“ (schon vor 1989) eine zentrale Rolle, sondern vor allem der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme und damit der DDR, damit des Anschlusses der DDR an die BRD und damit (objektiv) der neuen Rolle der BRD als Hegemon (nun nicht im Gramscianischen, sondern im Sinne der Analyse internationaler Politik) in der EU und vor allem in Mitteleuropa.. Seit Anfang der 90er Jahre also - im herrschenden Bewußtsein (tief im Alltag): es gibt keine Alternativen zum Kapitalismus (Marktwirtschaft) und zur liberalen Demokratie (Fukuyama: Das Ende der Geschichte) - und zweitens: eine neue Weltordnung nach dem Ende der (für das gesamte Jahrhundert spezifischen „Systemkonkurrenz“) wird gebaut und dabei spielt die Linke auf jeden Falle eine marginale Rolle!

8.

Wir nähern uns dem Ende dieses historischen Abschnitts, also der Gegenwart der späten 90er Jahre - und, da die Eule der Minerva ihren Flug in der Dämmerung noch nicht begonnen hat, da wir es also mit einem offenen und kontingenten historischen und politischen Prozeß zu tun haben, bleibt es nur die Skizze einer - äußerst widersprüchlicher, z.T. vielleicht sogar paradoxer - Entwicklungslinien und Machtkonstellationen. Die 90er Jahre sind - im Blick auf das gesamte Jahrhundert - insofern einzigartig, als niemals zuvor die One World des Kapitalismus ihre für Politik strukturierenden Gesetzmäßigkeiten und Sachzwänge (dermaßen ungehindert) entfaltetete; niemals zuvor gab es - damit verbunden - eine dermaßen eindeutige Hegemonial- bzw. Führungsstruktur in der Weltordnung, wie sie in den 90er Jahren von den USA - ökonomisch, politisch-militärisch , kulturell - ausgeübt wird. Und niemals in der Geschichte dieses Jahrhundert waren die aktuellen und potentiellen Gegenkräfte so schwach. Gleichzeitig entfaltet dieses Weltordnung - mit ihren Akteuren (zu denen an nicht unerheblicher Positionen auch die BRD gehört) ihre inneren und äußeren Widersprüche. In der Bearbeitung und Artikulation dieser Widersprüche entscheidet sich zugleich die Zukunft der Linken (was aber, Gott sei Dank nicht mein Thema ist, Diskussion).

Ich will mich auf einen Aspekt dieser Problematik konzentrieren, weil er mit den historischen Voraussetzungen unserer Thematik doch eng verbunden ist. In den letzten zwei bis drei Jahren wurde nicht selten in der Presse von einer erstaunlichen Renaissance der Linken in Europa gesprochen. Damit ist zunächst einmal der Sachverhalt bezeichnet, daß seit 1995 - seit dem überraschenden Wahlsieg einer Linkskoalition in Frankreich - die Sozialdemokratie in Europa in fast allen Mitgliedstaaten der EU die Regierung übernommen hat (der Wahlsieg von SPD und Grünen, dazu der glatte Einzug der PDS in den Bundestag im September des vergangenen Jahres hat solche Kommentare natürlich noch beflügelt). Außerdem erscheinen immer mehr Aufsätze, in denen auch den Gewerkschaften die Rückkehr auf die Bühne der europäischen Politik - in den zahlreichen „Sozialpakten“ (Anke Hassel) - zugeschrieben wird. Oberflächlich betrachtet könnte also festgehalten werden, daß die Dahrendorf'sche These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (in den frühen 80er Jahren formuliert) eindeutig widerlegt ist.

Unsere Fragestellung bezieht sich frielich auf die Linke (in den vergangenen 50 Jahren). Und wenn Sie sich an die sehr grobe Definition erinnern, die ich am Anfang gegeben habe, dann gehören sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften isnforn zur Linken, als sie a) mit der Arbeiterbewegung zusammenhängen, b) eine Politik (bzw. ein Programm) vertreten, das die Vorstellung einer humanen und dem demokratischen Gesellschaft stets auch mit der Forderung nach mehr oder weniger radikalen Interventionen in die Funktionsmechanismen des „reinen Kapitalismus“ (Marktgesetze, Profitaneinigung, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Ausbau einer Infrastruktur, Umverteilung, Erweiterung der Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte in der Produktion, Mitbestimmung, Chancengleichheit usw.) verbunden haben. Und auch die aus den neuen „sozialen Bewegungen“ hervorgegangenen politischen Kräfte waren insofern unbestrittener Teil der Linken (in den 70er Jahren), als sie antiimperailistisch, basisdemokratisch und radikalökologisch dachten und dieses Denken ganz selbstverständlich (als mehr oder weniger radikal) antikapitalistisch bezeichneten.

Relevante Teile der europäischen Sozialdemokratie (nach dem Vorbild von New Labour) bezeichnen sich aber nicht mehr all „links“. Im Gegenteil: ihre Programmatik impliziert einen dezidierten Bruch mit ihrer linken Vergangenheit (Blair / Schröder / Papier). Sie beziehen sich auf sozialwissenschaftliche Zeitdiagnosen, in denen „der Kapitalismus“, die ihm eigenen Widersprüche und seine Klassenverhältnisse, keine für die Politik relevante Rolle spielen (Giddens, Beck). Im Gegenteil - ihre Programmatik versteht sich explizit als Konzept der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des je nationalen Kapitalismus im Zeitalter der „Globalisierung“, also der Anerkennung a) der unumschränkten Kapitalhegemonie (Weltmarkt) als Sachzwang. Da der Sieg dieser sozialdemokratischen Parteien auch darauf zurückzuführen ist, daß bei großen Teilen der Wählerschaft eine soziale Gerechtigkeitslücke (in Bezug auf die Politik des harten Neoliberalismus) wahrgenommen wurde, sind sie mit dem Slogan „Mehr soziale Gerechtigkeit“ angetreten und auch gewählt worden. Aber, auch die Sozialpolitik dieser Regierungen stellt sich unter den Sachzwang der transnationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Kapitalhegemonie und der Anpassung der Sozialpolitik an die Dominanz des Marktgeschehens (etwa bei Arbeitsmarktpolitik).

Eine solche Politik will selbst nicht mehr als links beschrieben werden - und sie (beim besten Willen und bei einer weiten Interpretation der von mir vorgenommenen Definition) auch nicht mehr als links zu bezeichnen. In „Le Monde Diplomatique“ hat ein Kommentator diese neue Sozialdemokratie als „die moderne Rechte“ bezeichnet - und er hat dabei die von diesen Sozialdemokraten (und ihren grünen Koalitionspartnern) getragene Politik, die mit dem Kosovo-Krieg der NATO deutlich wurde, bezeichnen wollen. Mir geht es hier abschließend nicht darum, bestimmte Etikettierungen festzulegen - gleichwohl scheint mir, daß eine solche Politik, die einerseits für den ganzen Bereich der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik den Sachzwang „Weltmarkt“ anerkennt, und andererseits für die Durchsetzung ihrer internationalen politischen und ökonomischen Interessen das Instrument des Angriffskrieges akzeptiert und damit den zweiten Sachzwang, nämlich Krieg (und alle damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Kosten) akzeptiert, daß eine solche Politik (von Linken) auch einmal im Lichte der Imperialismusanalysen der Linken zu Beginn dieses Jahrhunderts (die ja nicht zur schlechtesten Theorietradition des Marxismus gehören) untersucht werden sollte (evtl. Hinweis auf Habermas in der ZEIT).

9.

Ich komme zum Schluß. Wenn ich im Blick auf die Gegenwart von einem äußerst widersprüchlichen und offenen Prozeß gesprochen habe, so meine ich damit, daß einerseits die Politik der neuen Sozialdemokratie eine - in der Tat tiefgreifende - Zäsur in der Geschichte der Linken in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (auch in der BRD) darstellt. Auf der anderen Seite ist die Sozialdemokratie (vor allem auch die europäische Sozialdemokratie) kein einheitlicher „Block“. Die Umsetzung und Artikulation von Politik ist also stets mit Auseinandersetzungen verbunden, in denen sich zugleich auch Elemente der Kapitalismuskritik und der Kritik am Neoliberalismus artikulieren. Insofern handelt es sich hier um ein Feld, auf dem auch in der Zukunft die Linke eine Rolle spielen wird. Dazu kommt, daß dieses Feld institutionell keineswegs vollständig ausgetrocknet ist. Nach wie vor erzielen bei den nationalen Wahlen „Linke“, die eine radikale Kritik der bestehenden Herrschaftsverhältnisse vertreten, bis zu 10 Prozent. Das schwankt - und in solchen Formationen (ich denke z.B. an die italienische Rifondazione Comunista oder die spanische Izquierda Unida) finden heftige Auseinandersetzungen und Spaltungen über die „richtige“ Politik und Programmatik statt. Insofern ist die Linke Radikalismus heute eine Art Laboratorium für die Artikulation von Widerstand, aber auch für die Schaffung von Voraussetzungen für einen möglichen gegenhegemonialen Block (gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus). Davon sind wir jedoch noch weit entfernt. Allerdings: es gibt (wie immer bescheidende Anzeichen) für eine intellektuelle Neubelebung linker Diskurse und Analysen, die sich auch in eine solche Perspektive (von der Artikulation von Widerstand zur Schaffung einer gegenhegemonialen Perspektive) durchaus einfügen. Von Dirreda bis Rorty die soziale Frage, die Klassenfrage

Ich fasse zusammen:

1. Die Linke ist im Verlauf dieser 50 Jahre zweifellos schwächer geworden und sie hat vor allem im letzten Viertel des 20. Jahrhundert schwere Niederlagen und Rückschläge hinnehmen müssen. Allerdings ist dieser Prozeß nicht so kontinuierlich verlaufen, wie ihn die Gegner der Linken gerne darstellen möchte (gleichsam als säkularer Verfallsprozeß bis zum „Ende“: die Linke ist mausetot! Der Sozialismus ist nur noch für Historiker interessant!), sondern diskontinuierlich - gleichsam in langten Wellen - mit zwei Perioden des zunehmenden Einflusses (1944 - 1948; 1965 - 1975) und zwei Perioden der Schwäche und der Niederlagen (50er und frühe 60er Jahre), 1975 - 1991).
2. In diesem Prozeß hat sich die traditionelle Bindung der politischen und intellektuellen Linken an die „Arbeiterbewegung“ (damit an ihre Klassenbasis) mehr und mehr gelöst (zumindest in den Metropolen des Kapitals). Das hat weitreichende theoretische und praktische Konsequenzen, die nicht Gegenstand dieses Vortrages sind (die aber von ernsthaften linken Intellektuellen sehr gründlich bearbeitet werden sollten). Ich deute nur den Widerspruch an: auf der einen Seite Abschied von der Subjektperspektive des 19. Jahrhunderts; auf der anderen Seite wird eine neue gegenhegemoniale Perspektive nur durch den Druck sozialer Bewegungen von unten Kraft gewinnen (übrigens sehr viel mehr als früher in internationalen Dimensionen). Die Arbeiterklasse in den Metropolen wird kaum jene „historische Mission“ erfüllen, die ihr

der junge Marx (und viele andere) zugeschrieben hatte. Die von den Theoretikern der „Weltsystemtheorie“ (Wallerstein, Arighi, Samir Amin u.a.) vertretene Auffassung von einem „Weltproletariat“ teile ich nicht in allen Begründungen. Sie bezeichnet aber doch eine wichtige Formierungstendenz, die auch auf das Potential der Politisierung sozialer Widersprüche im heutigen Kapitalismus aufmerksam macht (von Chiapas über Südkorea bis zu den „französischen Verhältnissen“).

3. Die Linke agiert nicht länger in einem politischen Raum, der (seit 1917, vor allem aber seit 1945) durch die Kompromißbereitschaft der herrschenden Klassen (im Kern des transnational agierenden Kapitals) - als Folge der nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse der Klassen - bestimmt ist. Das ist einer der Gründe dafür, warum z.B. Eric Hobsbawm sein „Zeitalter der Extreme“ mit einer durchweg pessimistisch gestimmte Prognose auf die Zukunft enden läßt. Vielleicht - so will nicht gerade pessimistisch, aber doch mit gehörigem Skeptizismus schließen - ist es auch ein Vorteil für diese geschwächte Linke, daß sie nicht länger jenem überaus optimistischen Zukunftsglauben anhängt, der sie einst beflügelte hatte.

Hinweis auf mein neues Buch, das in einigen Exemplaren erworben werden kann!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, daß ich reichlich Stoff für eine lebendige Diskussion angehäuft habe!